Mittwoch, 10. Juni 2009

Flugblatt zur Haushaltssituation

An die Bürger der Gemeinde Mainhausen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 26. Mai hat die Koalition aus CDU und FDP gemeinsam mit der UWG nach sieben Monaten Beratungszeit den Haushaltsplanentwurf für die Gemeinde Mainhausen abgelehnt. Damit hat unsere Gemeinde jeglichen Spielraum zur Gestaltung der gemeindlichen Finanzen vertan und an die Kommunalaufsicht beim Kreis Offenbach delegiert.
Dieses Verhalten kommt einem Offenbarungseid gleich. Während seit 2004 mit stabilen Mehrheiten unter Führung der SPD die gemeindlichen Finanzen nachhaltig saniert und die Gemeinde durch zahlreiche Projekte weiter entwickelt werden konnte, wird die Kommunalaufsicht uns Mainhäusern für das Jahr 2009 einen Haushalt diktieren. Dieser wird lediglich Fixkosten wie Löhne sowie vertraglich gebundene Mittel enthalten. Sämtliche freiwillige Leistungen sind in Gefahr. Darunter fallen auch die Ferienspiele, die geplante Seniorenwoche, die Vereinszuschüsse etc.
In der Öffentlichkeit wird seit mehreren Wochen kolportiert, Bürgermeisterin Disser habe versäumt, den Fraktionen ausreichend Informationen zukommen zu lassen. Insbesondere das Mainhäuser Blättchen verfolgt konsequent das Ziel, Bürgermeisterin Disser mit gezielten Fehlinformationen in Misskredit zu bringen. Die Fakten sehen jedoch anders aus: Sowohl der Hessische Städte- und Gemeindebund als auch die Kommunalaufsicht haben Bürgermeisterin Disser ein einwandfreies Handeln bei der Erstellung des Haushaltsplanes sowie während der Beratungsphase bescheinigt.
Bürgermeisterin Disser hat bereits bei der Einbringung angeboten, alle Fraktionen zu besuchen und das Zahlenwerk näher zu erläutern. Lediglich die SPD hat davon Gebrauch gemacht. Ebenso hat Bürgermeisterin Disser alle Anfragen zum Haushalt ausführlich beantwortet. Fakt ist auch: Die FDP hat an den entscheidenden Ausschussitzungen zur Erläuterung des Zahlenwerks nicht teilgenommen. Dies ist durch Protokolle belegt.
Der eigentliche Grund für den Status Quo ist indes offensichtlich und bewiesen: In Anbetracht der herannahenden Bürgermeisterwahl wurde frühzeitig auf ein Scheitern des Haushaltes hingearbeitet, um Bürgermeisterin Disser und die Gemeinde manövrierunfähig zu machen. CDU und FDP haben bereits im Februar Änderungsanträge mit einem Finanzvolumen von 3,4 Millionen Euro eingebracht, ohne einen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Dieser „schwarze Peter“ sollte Bürgermeisterin Disser zugespielt werden. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat jedoch bestätigt, dass dieses Verfahren nicht zulässig ist. Gleichzeitig hat er darauf hingewiesen, dass mit dem Recht neue Projekte einzuarbeiten auch die Pflicht einhergeht, die Mittelbereitstellung zu sichern. Es bleibt nur eine Wahl: Entweder CDU und FDP streichen ihre Anträge oder die Gemeinde nimmt Kredite für 3,4 Millionen Euro auf. Beide Varianten sind vier Monate vor der Bürgermeisterwahl undenkbar. Als Ausweg blieb nur die komplette Ablehnung des Haushaltes. Die Mehrheit wird bewusst ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe nicht gerecht. Die Konsequenzen tragen nun alle Bürgerinnen und Bürger – verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.
Glück auf!

Kai Gerfelder Fraktionsvorsitzender

---

www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen